

# Danziger Zeitung.

No 7992.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Metemeyer und Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Forst und H. Engler; in Hamburg: Hagenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: C. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Götting: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

**Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.**  
Venedig, 8. Juli. Nachdem die Cholera in vereinzelten Fällen hier aufgetreten ist, werden von heute an täglich amtliche Mittheilungen über den Gesundheitszustand der Stadt veröffentlicht werden.  
London, 8. Juli. Die Vertagung des Parlaments wird voraussichtlich am 7. oder am 9. August erfolgen.

## Die Entscheidung des Oberkirchenraths in der Synodischen Angelegenheit.

Nach langer Dual hat der Oberkirchenrath endlich seine Entscheidung in der Angelegenheit Synod's getroffen. Sie ist ausgefallen, wie man sie leider erwarten mußte, nämlich so, daß sie Niemand befriedigen kann. Das sogenannte „Urtheil“ dieser sogenannten evangelischen Kirchenbehörde lautet nach der „Sp. Bzg.“ wie folgt:

In der Disziplinaruntersuchungssache wider den Prediger Dr. Synow zu Berlin hat der evangelische Oberkirchenrath in der Sitzung vom 25. Juni 1873, auf den Recurs des Angeklagten, zur Resolution ertheilt,

„daß die Entscheidung des R. Consistoriums der Provinz Brandenburg vom 2. December 1872, nach welcher der Angeklagte wegen schwerer Verletzung seiner Amtspflicht, das reine und unverfälschte Wort Gottes gemäß den Bekenntnissen der evangelischen Kirche zu verkündigen, seines Amtes als evangelischer Geistlicher zu entsetzen, dahin abzuändern, daß demselben wegen des durch einen öffentlichen außeramtlichen Vortrag gegebenen schweren Ausstoßes ein geschärfter, durch den zuständigen General-Superintendenten zur Vollziehung zu bringender Verweis zu ertheilen, ihm auch die Kosten des Verfahrens zur Last zu legen.“

Vergleicht man die Entscheidung des Brandenburger Consistoriums und des Oberkirchenraths, so wird man finden, daß sie, trotz der Verschiedenheit des Strafmaßes, im Wesentlichen gleich sind. Beide — Consistorium, wie Oberkirchenrath — gehen von der, durch nichts begründeten, Annahme aus, daß sie befugt sind, darüber zu befinden, ob der Glaube eines evangelischen Geistlichen der rechte ist oder nicht. Beide halten sich für befugt, auf Grund eines noch ferner in der Kirche lehren darf oder nicht. Beide sind der Meinung, daß ein protestantischer Geistlicher ohne seine Amtspflicht zu verlegen nicht öffentlich auszusprechen darf, daß er die Geburt Jesu für eine natürliche halte.

Unter der gemeinsamen Voraussetzung, daß ein evangelischer Geistlicher in Bezug auf dieses Dogma seinen gefunden Menschenverstand unter den Glauben gefangen geben muß, weichen Consistorium und Oberkirchenrath nur darin ab, daß das erstere — wie es scheint, mit viel mehr logischer Consequenz — Synow, der sich diesem Dogma nicht unterworfen hat, einfach für unfähig erklärt, ein geistliches Amt ferner zu bekleiden, während der Oberkirchenrath anzunehmen scheint, daß sich dieser Conflict zwischen Dogma und Amt durch einen „geschärften Verweis“ beseitigen läßt.

Welche Wirkung ist wohl von einem solchen Verweise zu erwarten, dem man einem Manne, wie Synow, zu ertheilen den Muth hat? Synow soll nach einer mehr als fünfzigjährigen Amtsführung, während der er sich durch die Humanität seines Wirkens, die sittliche Reinheit seines Charakters und die ruhige Klarheit seiner Anschauungen die allgemeinste Achtung erworben hat, jetzt mit einem „geschärften

Verweise“ bestraft werden. Und wofür? Daß er in einem streng wissenschaftlich gehaltenen und — wie selbst seine Gegner einräumen müssen — keine abweichende Glaubensmeinung verlegenden Vortrag ausgesprochen hat, was die Ansicht der überaus großen Mehrheit aller Gebildeten ist. Wie — fragen wir — denkt man sich die Wirkung des „geschärften Verweises“, auf Synow? Daß dieser Tadel Synow bewegen werde, seinen Glauben zu ändern — das wird vermuthlich Niemand innerhalb des Oberkirchenraths anzunehmen gewagt haben. Es bleibt also nur noch die Möglichkeit, daß der „Verweis“ Synow bestimme, künftig nicht mehr auszusprechen, was er denkt. Auch gegen einen solchen Verdict sollte Synow durch seinen Character geschützt sein. Aber — so muß man doch fragen — was soll man von einer Kirche denken, in der ein Geistlicher sein Amt fortzuführen darf, wenn er zwar ein Dogma, welches als unfehlbar von seinen unfehlbaren Vorgesetzten bezeichnet wird, nicht anerkennt, aber seinen Widerspruch dagegen verschweigt?

Unserer Ueberzeugung nach hat der Oberkirchenrath durch sein neuestes Votum nur einen neuen Beweis dafür geliefert, wie sehr er selbst durch sein bloßes Dasein in unversöhnlichem Widerspruch zu dem Protestantismus, den er in Preußen zu leiten präsumirt, sich befindet. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner letzten Session die Position für den Oberkirchenrath zu streichen nur unterlassen, weil der Cultusminister diese Behörde noch für nothwendig erklärte, um die bevorstehende Einführung einer Verfassung für die evangelische Kirche Preußens zu erleichtern.

Nachdem der Oberkirchenrath nun in dem Synod'schen Fall in bester Form als Inquisitions-tribunal agirt hat, wird hoffentlich die Geduld des Abgeordnetenhauses zu Ende sein.

Mit Synow sind implicite auch die Mitglieder der Protestantenvereine von dem Oberkirchenrath verurtheilt. Wann wird endlich die Geduld der Protestanten erschöpft sein?

## Danzig, den 9. Juli.

In unserer Nachbarprovinz Posen hat sich ein Central-Wahlcomité gebildet, welches dem fest organisierten national und ultramontanen Gewerkschafter die deutschen Arbeiter der Provinz vereinigen will. Dasselbe hat unterm 5. d. M. einen Wahlaufschuß beschlossen, der im Wesentlichen folgendermaßen lautet: „Wir erachten es für unsere Pflicht, alle Deutsche der Provinz Posen schon jetzt auf die Wichtigkeit der diesmaligen Wahlen aufmerksam zu machen. Vor Allem halten wir unsere deutschen Vertreter für verpflichtet, auf eine fräftige Entwicklung unseres Staatslebens hinzuwirken und den Staat in der energischen Durchführung der Gesetze, welche gegenüber unberechtigten hierarchischen Annahmen die Grenze zwischen dem Reichsgebiete des Staates und der Kirche ziehen, zu unterstützen. In zweiter Linie wünschen wir, daß unsere Vertreter im preussischen Landtage das Möglichste für die materiellen Interessen der Provinz zu erreichen suchen, weil eine Förderung derselben der allgemeinen Cultur und dadurch den Bestrebungen des Deutschthums zu Gute kommt. Wir wünschen, daß, wie bisher, jeder Kreis in vollständiger Unabhängigkeit seine Wahlen vorbereitet und zu Ende führt, sind aber in allen Fällen, wo Rath und That zur Wahrung deutscher Interessen in einzelnen Wahlkreisen erforderlich ist, bereit, in jeder Beziehung einzutreten. Unser Wahlsatz sei: Einigkeit aller Parteien gegenüber den Feinden unserer ruhigen politischen und

wirtschaftlichen Entwicklung, Einigkeit aller Parteien, welche die Regierung in ihrem gegenwärtigen Kampfe gegen die staatsfeindlichen Elemente unterstützen. Alle Volkswahlvereine, sowie deutsche Patrioten unserer Provinz bitten wir um eine zustimmende Erklärung zu unserem Aufrufe.“ Gegenüber einer Correspondenz der „Sp. Bzg.“, welche gemeldet hatte, daß die Bemühungen, das Comité zu Stande zu bringen, gescheitert seien, sagt die heutige „Dsb. Bzg.“: „In allen Kreisen der Provinz hat der Gedanke, eine Centralstelle für die Wahlen in Posen zu begründen, Anklang und freudige Zustimmung gefunden. Die Wirksamkeit des Central-Wahlcomités ist eine so beschiedene, klar im Auftrufe ausgebrachte, daß man nicht begreifen kann, wie sie in deutschen Kreisen auch nur einen Gegner finden kann. Man will weiter nichts, als vielleicht einem Kreise nach Wunsch einen Candidaten nachweisen, bei etwaigen Uneinigigkeiten zwischen Deutschen vernehmend werden, vielleicht in einzelnen Fällen für Drucksachen oder Flugblätter sorgen. Nachdem dieses Comité sich konstituiert und unter Theilnahme fast aller Mitglieder mehrere Sitzungen abgehalten, wird es mit den einzelnen Kreisen wenn nöthig in Beziehung treten. Erübrigt sich sein Eingreifen, um so besser für das Comité, um so besser das Zeugnis für die Einigkeit des Deutschthums. Außer dem Correspondenten weiß Niemand etwas von der „Scheiterung“, so wird sich die Wogen unserer Wahlbewegung nicht; den Correspondenten wird aber die nächste Zeit lehren, daß er sich mit seinen Berichten auf dem Holzwege befindet.“ So ist denn in den Provinzen Schleisen und Posen, in denen der Kampf mit den ultramontanen und polnischen Elementen kein leichter sein wird, auf das einmüthige Zusammengehen aller deutschen und reichsfreundlichen Elemente zu rechnen. Jenen beiden Provinzen wird sich hoffentlich auch die unsere anschließen. Dem bekannten Beschluß des Centralwahlaußschusses der Fortschrittspartei wegen des Zurückweisens des größeren Theiles der Nationalliberalen hat sich von bemerkenswerthen provinziellen Stimmern bis jetzt fast nur der Provinzialausschuß der rheinischen Fortschrittspartei angeschlossen. So sehr wir wünschen, daß die Mitglieder dieser Partei in der Rheinprovinz den Ultramontanen, welche dort die Liberalen zu lange angethan ist, dies Ziel zu erreichen. Practischer haben die Liberalen in Nassau gehandelt. Fortschrittspartei und Nationalliberale haben dort einen Compromiß abgeschlossen und diesen authentisch dahin interpretiert, daß derselbe principiell keine Vereinigung der beiden liberalen Parteien in sich schließt, sondern daß zwar von einer selbstständigen Organisation der beiden Parteien abgesehen werden, jeder derselben aber die Aufstellung von Candidaturen so lange freistehen soll, bis sich die Mehrheit der liberalen Wähler eines Kreises bestimmt für den einen oder den anderen Candidaten ausgesprochen hat. Sobald dies der Fall ist, müssen sämtliche Liberale des Kreises einmüthig für den betreffenden Candidaten stimmen. Der betreffende Beschluß wird der liberalen Wahllegation in Nassau hier und da einen etwas schwerfälligen Charakter geben, stellt aber dafür das Verhältniß zwischen den beiden liberalen Parteien der Provinz unanfechtbar auf den Fuß der vollkommensten Gleichheit und Localität.

Die Ausführung der Kirchengesetze — so schreibt man der „Schl. Bzg.“ aus Berlin — ist guten Händen anvertraut. Dr. Fall ist mit Feuer

bahinter. Er wird seine Reise nicht eher antreten, als bis er sieht, daß die Erfüllung seiner Anordnungen gesichert ist. Er läßt sich durch das kühne Auftreten der Ultramontanen auf dem eingeschlagenen Wege nicht irre machen. Die Ultramontanen glauben mehr Macht zu haben, als ihnen wirklich zu Gebote steht. Die künftigen Wahlen werden ihre Ohnmacht an den Tag bringen und zeigen, daß sie mit den einzelnen Wählern noch lange nicht die ganzen Wahlgemeinden in ihrer Gewalt haben. Es ist eben ein anderer Geist in dem Ganzen, als in vielen einzelnen Theilen des Ganzen. Dieser Geist der Gesamtheit ist gegen die Ultramontanen und gegen diesen Geist hilft keine Einflüsterung des Einzelnen. Den Bischöfen wird der consequente passive Widerstand gegen die Einführung der Kirchengesetze nicht das Geringste helfen; dieselbe wird vielmehr dadurch nur gefördert; denn Vielen geht es wie dem Regens des Pöplinger Clerikal-Seminars, Herrn Dr. Martens, wenn davon auch nichts bekannt wird. — Wir wollen hoffen — sagt die „Schl. Bzg.“ hinzu — daß sich diese günstigen Ansichten bewahrheiten mögen, können aber die Befürchtung nicht unterdrücken, daß bei einer Spaltung in der liberalen Partei leicht die Gegner den Sieg davon tragen könnten. Die Entscheidung wird also in der Vereinigung der liberalen und reichstreuen Parteien liegen; auf diese ist vor Allem hinzuwirken.

In Frankreich thun sich dieselben Leute, welche nicht laut genug über die Nothwendigkeit der Decentralisation in Frankreich schreien konnten, jetzt zusammen, um in einer Art Sturm- und Massendemonstration die Regierung zu nöthigen, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das ihr die Ernennung der Maires wieder ausliefern. Die Bonapartisten, Prox-Paris an der Spitze, haben eine Erklärung in diesem Sinne aufgesetzt, die bereits von 300 Abgeordneten unterschrieben wurde. Am 8. April 1871 stimmten nicht wenige dieser Declaranten, wie Aubertin-Pasquier, Ernoul, Francien, Deulé, gegen den Antrag von Thiers, wonach die Maires von der Regierung, wenigstens in Städten von über 20,000 Einwohnern wie in Departements- und Arrondissements-Orten, ernannt werden sollten. „Proxie, Patrie, und höhere Städte durch die Gemeinderäthe selbst und bekämpften Prox-Paris. Jetzt ist man in der Noth, jetzt braucht man blinde Parteierwerzeuge und nun sollen die Bonapartisten doch Recht behalten, nur will man den Schein haben, als lasse man sich zwingen! — Unter Approbation des Papstes und der Bischöfe hat Frankreich als neues frommes Volk bekanntlich einen Pilgermonat erhalten: vom 22. Juli bis 22. August soll für Frankreichs Heil gebetet werden. Der Betriebsauschuß läßt eine Anweisung verlaufen: „Petit manuel du mois de pelerinages“, und verkündigt durch seine Blätter, daß „mehrere Deputirte gattungen beabsichtigen, einen Pilgerstrom nach den Heiligthümern von Paris zu bilden und so das Werk, das ihre Gatten so wohl begonnen, fortzusetzen“. General du Temple ruft den Franzosen zu: „Betet, denn wir sind noch nicht gerettet!“

## Deutschland.

+ Berlin, 8. Juli. Der Bundesrath wird voraussichtlich heute die letzte Sitzung vor den Ferien halten und vor allem über die Ausführanträge wegen Ausführung des Münzgesetzes beschließen. In der vorgestrigen Sitzung wurde der Beschluß des Reichs-

## Wiener Weltausstellung.

Eine Wanderung durchs Deutsche Reich.

Die großen industriellen Culturstaaten grenzen sich nur wenig von einander ab in der Eigenart ihrer Arbeit. Das Reich haben sie gemeinsam, bald tritt der eine, bald der andere hervor auf bestimmten Gewerbegebieten, dieser in Bezug auf Geschmack und Raffinement, jener durch die Tüchtigkeit oder Billigkeit seiner Waaren; hier findet man mehr den Luxus, dort das Bedürfnis beachtet, im Ganzen aber betreten diese Länder in geschlossener Reihe das Feld der Ausstellung. Deshalb glauben wir sie besser kennen lernen zu können durch eine vergleichende Ueberschau ihrer einzelnen Leistungen, als wenn wir England, Deutschland, Oesterreich und das kaum vorhandene Nordamerika gesondert betrachten hätten, wie die Türkei, wie Japan, wie selbst Italien. Für das Deutsche Reich mag jedoch eine Ausnahme gestattet sein. Das interessiert uns doch alle so sehr, daß wir wenigstens doch ein wenig auch nur flüchtiges Bild gewinnen möchten von dem, was es schafft. Der kürzlich ausgegebene Catalog bringt uns aber das Arbeitsleben unseres Vaterlandes viele interessante Notizen, von denen wir manche auf unserer schnellen Wanderung gut werden brauchen können. Blättern wir also zunächst in diesem Buche.

Die Hauptstämme unserer Industrie befinden sich demnach im Westen des Reiches, zuerst in Westphalen, Rheinland und Elsas, dann ferner in Sachsen. Kleinere Industriebezirke umfaßt Schleisen und Preuss. Sachsen, nachdem die Pfalz, Franken und Rheinheffen. Als städtische Vororte der Industrie ragen hervor Berlin, Hannover, Breslau, Nürnberg, Stuttgart, Straßburg, Elberfeld, Barmen, Köln und Aachen. Ob hierbei nicht der württembergischen Hauptstadt ein unverdientes Compliment gemacht sein mag auf Kosten Elberfelds, Dortmunds, Essens und Magdeburgs, werden die Autoren des Catalogs besser wissen. Die Montan-Industrie hat 1870 in

Bergwerken, Salinen und Hütten, in 4859 Werken 335,881 Arbeiter beschäftigt, diese producirt 825 Millionen Centner und 186,270 Millionen Pfd. (Gold und Silber) im Werthe von 246 Mill. Thaler. Heute giebt es inbessen schon mindestens 6000 Werke, die 1/2 Million Arbeiter beschäftigen und eine Milliarde Centner im Werthe von 400 Millionen Thaler zu Tage fördern. Kohlen liefern das Saarbecken, die Ruhr, Sächsen und Schleisen. An der Saar reichen die Kohlen bis 20,000 Fuß unter die Meeresfläche und enthalten 26 Billionen Kohlenstoff. Die Kohlengebiete in Oberschleisen und an der Ruhr sind noch bedeutender und gestalten eine der englischen mindestens gleichgroße Kohlenförderung. Salz liefert die norddeutsche Tiefebene in reichem Maße, das beste und meiste Staßfurt, Anhalt und Schönebeck.

Vor 32 Jahren gab es in Deutschland noch keine Locomotiv- und Waggonfabriken. Jetzt liefert das Reich jährlich mindestens 1000 Locomotiven, 30,000 Eisenbahnwagen im Werthe bis 30 Millionen Thaler. Berlin, Eßlingen, Karlsruhe, Chemnitz, Hannover, Cassel (und München) sind Hauptstätt dieser Fabrikation. An Arbeitsmaschinen haben allein drei Chemnitzer Fabriken seit 30 Jahren über 30,000 mechanische Webstühle, Spinnmaschinen u. gelieferte, Nähmaschinen kommen allein aus Berlin und Dresden jährlich 50- bis 100,000 Stück, welche die ausländische Concurrenz mehr und mehr zurückdrängen. 1868 führte der Zollverein nur 217,225 Etr. Maschinen ein, 280,960 Etr. aus, 1872 liegen diese Zahlen bereits auf 663,720 Etr. Einfuhr, 771,309 Etr. Versendung nach Außen. Metallwaaren, Waffen, Arbeitsgeräte von Stahl haben ihren Fabrikationsort in Hagen, Altona, Iserlohn, vorzüglich aber in Solingen und Remscheid. Nadeln produciren Aachen und Iserlohn, wozu die Industrie aus den spanischen Niederlanden eingeführt wurde; Suhl und Schmieda, Heilbronn und Nürnberg thun sich in Erzeugung bestimmter Specialitäten hervor. Berlin thut sich durch Waffen,

Gußgülden, Grobschmiede- und Schlosserwaaren hervor, ebenso in Zink- und Messingarbeiten, die auch in Nürnberg, Fürth, München, Köln und Hannover viel gefertigt werden.

Die Webindustrie beschäftigte bereits 1861 in Deutschland über 800,000 Menschen und gegen 4 Millionen Feinspindeln, sie hat inzwischen um 50 % zugenommen. Die Flachspinnerei und Leinwand-Industrie beginnt in Westphalen, Schleisen und Sachsen sich zu heben, nachdem ein zu später Uebergang von der Hand- zur Maschinenweberei ihr zeitweise die alten Absatzgebiete entzogen hatte. Wollenwaaren fabriciren die Bezirke von Aachen und Düsseldorf, die Mark Brandenburg, Swidau, die Pfalz, Württemberg und die Reichslande zumeist, billige Shawls (Plaids) und Teppiche Berlin. Von diesen Artikeln (Wollgewebe) führt das Reich jährlich für 70 Millionen Thaler aus. Die Baumwollenwaaren-Production belief sich 1871 auf 1 1/2 Millionen Centner, wozu der inländische Markt bedeutend versorgt wurde. 1872 führte man 221,152 Centner ein und 49,059 aus. Dagegen wurden 456,863 Etr. baumwollene Garne ein- und nur 98,800 ausgeführt. Seide und Halbseide fabriciren Grefeld, Elberfeld, Barmen und Berlin. 1872 wurden 14,041 Centner Seidenwaaren ein-, dagegen 39,708 Etr. heimische Fabrikate ausgeführt.

Die Mehlfabrikation, durch englische und amerikanische Vorbilder entwickelt, hat sich sehr gehoben; bereits 1861 gab es im Zollvereine 59,118 Mühlen mit 104,405 Gängen; Branntwein-Brennereien enthielt 1871 der Nordbund 11,114, Bierbrauereien 11,322. Der Süden mit Bayern an der Spitze leistete auf diesem Gebiete damals natürlich mehr, desto weniger aber in der Statistik. 1872 wurden 670,961 Etm. (5,199,236 Liter) ausgeführt, eingeführt (aus Oesterreich und England) nur 143,324 Centimeter. Rübenzucker, eine deutsche Erfindung des vorigen Jahrhunderts, ist seit 1836, wo die Production 28,000 Centner betrug, in der Fabrikation

so weit vorgeschritten, daß der indische Rohzucker nicht allein verdrängt wurde, sondern auch trotz des von 4 auf 10 1/2 % per Kopf gestiegenen Consums erhebliche Quantitäten zur Ausfuhr kamen. So 1872 über 436,000 Centner. Von 324 deutschen Fabriken kommen 244 auf Preußen, 78 auf das übrige Reich.

Auch in den kleineren Fabrikationszweigen, die nicht mit solcher Masse auftreten, so Thon- und Glaswaaren, Papier, Leder, Rantsch, Chemikalien, Musikalien und Uhren hat die Industrie des deutschen Reichs sich schnell und erfreulich entwickelt. Die deutsche Ausstellung ist mehr als die aller anderen Völker verzerzt und auseinandergerissen worden durch die ihr wenig freundlichen Dispositionen der Generaldirection. Das Reich theilte sich auf dem Wiener Werke sowohl officiell wie auch in jedem einzelnen Industriezweige mit soviel Eifer, Lebhaftigkeit und Aufopferung, wie es noch nie ein fremder Staat auf einer der früheren Weltausstellungen gethan hat, mit solcher Sympathie, daß die hier jetzt populären Angriffe auf die Deutschen, besonders auf die deutschen Zeitungen, denen man die Schuld für den bisherigen geringen Erfolg des Unternehmens aufzubürden sucht, um so widerlicher erscheinen und das Thema vom Danke Oesterreichs um eine neueste Variation bereichern. Dieser Fälle von Stoff wollte Herr von Schwarz nicht mehr Raum zur Verfügung stellen als zwei Seitenrippen und ein ganz kurzes Stückchen des Haupttractes, dieses heften und besuchtesten aller Ausstellungsräume. Frankreich fand für seine verhältnißmäßig kleine Sendung in dieser Hauptgalerie einen 3-4 Mal so großen Platz reserviert, es dürfte die Schweiz, dürfte Spanien und Portugal umklammern, beherrscht von Italien bis England ein fast ebenso großes Stück des westlichen Hauptpalastes, wie Oesterreich im östlichen selbstverständlich sich reservirt hat. Wir Deutschen waren deshalb genöthigt auf den Hinterhof zu retiriren, dort drei oder vier große Hallen zu errichten, in denen nicht etwa nur unsere Montan-







[illegible]



**Louis Willdorff,**  
2931) Riegengasse 5.

**C. W. Helms,** (146) Danzig, Jopengasse No. 23. **Sticheln** werden geschliffen in Krone's Messerfabrik, (29) markt No. 21.

beten in der Expedition dieser Zeit  
unter No. 2819.

1. М. М. Капустин и А. М. Мухоморов.